

# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung .....</b>	1
<b>1. Kapitel – Die Vorgaben des Grundgesetzes .....</b>	4
<b>A. Die Rundfunkfreiheit als dienende Freiheit.....</b>	4
I. Die Grundentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts .....	5
1. Das Urteil zur Umsatzsteuerpflichtigkeit .....	6
2. Die FRAG-Entscheidung und das Niedersachsen-Urteil.....	8
3. Die Präzisierung der Grundsätze .....	9
4. Das erste Gebührenurteil.....	10
5. Das zweite Gebührenurteil.....	13
II. Konsequenzen für die Finanzierung .....	14
<b>B. Die Rundfunkfreiheit als subjektives Abwehrrecht .....</b>	15
<b>2. Kapitel – Die Rundfunkgebühr de lege lata .....</b>	18
<b>A. Die Rechtsnatur der Rundfunkgebühr .....</b>	18
I. Einordnung der Rundfunkgebühr durch Literatur und Rechtsprechung ..	19
1. Anfänge der Finanzierung.....	21
2. Einordnung nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahr 1968.....	22
II. Eigene Einschätzung .....	27
<b>B. Die Rundfunkgebühr de lege lata am Beispiel der Abgabenpflicht         für internetfähige PC .....</b>	30
I. Gang der technischen Entwicklung.....	32
II. Reaktionen des Gesetzgebers .....	34
III. Reaktion der Anstalten und der Rundfunkkommission der Länder.....	36
IV. Reaktion des Presse und der Öffentlichkeit.....	37
V. Aufarbeitung der rechtlichen Ausgangslage im Hinblick auf die staatsvertragsgebenden Länder .....	38
VI. Aufarbeitung der Rechtslage durch Literatur und Rechtsprechung.....	40
1. Erster Ansatzpunkt: Rundfunkbegriff .....	40

2. Zweiter Ansatzpunkt: Zurechnung zum Grundversorgungsauftrag .....	42
3. Dritter Ansatzpunkt: Mangelnde Bestimmtheit der gesetzlichen Regelungen .....	45
4. Vierter Ansatzpunkt: Das finale Element beim Rundfunkteilnehmer ..	51
a) Frühere Entscheidungen zu herkömmlichen Empfangsgeräten .....	52
b) Die neuen Urteile zur Rundfunkteilnehmereigenschaft.....	55
c) Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts Rheinland-Pfalz.....	58
d) Das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs .....	59
e) Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts für das Land Nordrhein-Westfalen.....	60
f) Eigene Bewertung.....	62
5. Fünfter Ansatzpunkt: Verstoß gegen die Informationsfreiheit des Art. 5 Abs.1 S.1 Hs.2 GG .....	66
a) Schutzbereich .....	66
b) Eingriff.....	67
aa) Qualifizierung als Ausgestaltungsregelung .....	70
bb) Konsequenzen für den Eingriff in die Informationsfreiheit.....	73
c) Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	76
aa) Geeignetheit und Erforderlichkeit der Regelung .....	77
(1) Gänzlicher Verzicht auf die Erhebung einer Rundfunkgebühr für internetsfähige PCs.....	79
(2) Einführung eines Registrierungsmodells .....	83
(3) Neuordnung der Rundfunkfinanzierung als mildereres Mittel.....	87
bb) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne/Angemessenheit .....	88
6. Sechster Ansatzpunkt : Verstoß gegen den allgemeinen Gleichheitssatz aus Art. 3 Abs.1 GG .....	92
a) Verfassungsrechtliche Grenzen einer typisierenden Regelung .....	93
aa) Intensität der Beeinträchtigung .....	96
bb) Anzahl der von einer Härte betroffenen Personen.....	96
cc) Härten nur unter Schwierigkeiten vermeidbar.....	98
dd) Einstellen der Ergebnisse in die Abwägung.....	98
b) Ergebnis .....	102
7. Siebter Ansatzpunkt: Verstoß gegen die Eigentumsfreiheit und gegen die Berufsfreiheit.....	103
VII. Zusammenfassung .....	104
<b>3. Kapitel – Die Reform der Rundfunkgebühr .....</b>	<b>106</b>

<b>A. Die Reformanläufe .....</b>	<b>107</b>
<b>B. Die einzelnen Modellüberlegungen.....</b>	<b>110</b>
I. Die geräteabhängigen Modelle .....	111
1. Das Modell einer modifizierten Rundfunkgebühr .....	111
a) Der Anknüpfungspunkt der Zahlungspflicht im privaten Bereich..	113
aa) Die Definition des Haushalts .....	113
bb) Die Definition der Wohnung .....	115
cc) Zweit- Wochenend- und Ferienwohnungen .....	121
dd) Rundfunkempfangsgeräte in Kraftfahrzeugen .....	123
ee) Der Schuldner der Wohnungsabgabe .....	123
(1) Ermittlung des Schuldners .....	123
(a) Bestimmter Wohnungsbewohner als alleiniger Schuldner...	123
(b) Gesamtschuldnerschaft aller volljährigen Wohnungs bewohner .....	125
(2) Zwingende Befreiungsvorschriften, Störung der Gesamt schuld.....	127
(a) Ausnahme für Ehegatten.....	128
(b) Ausnahme für eingetragene Lebenspartner .....	129
(3) Grundsätzliche Abkehr von dem Instrument der Abgabenbefreiung bei sozialer Bedürftigkeit.....	130
ff) Die datenschutzrechtlichen Probleme .....	131
(1) Überführung der bestehenden Daten.....	132
(2) Erhebung neuer Daten .....	133
(a) Bisheriges Verfahren .....	133
(b) Einmaliger Meldedatenabgleich.....	136
gg) Zusammenfassung.....	141
b) Der Anknüpfungspunkt der Zahlungspflicht im nicht privaten Bereich.....	142
aa) Die Definition der Betriebsstätte.....	142
bb) Der Schuldner der Betriebsstättenabgabe .....	145
cc) Die möglichen und erforderlichen Korrekturen im nicht privaten Bereich .....	145
(1) Rabattierung .....	148
(2) Staffellösung.....	149
(3) Spezielle Regelungen für das Beherbergungsgewerbe und gewerblich vermietete Ferienwohnungen .....	150

(4) Unterscheidung zwischen gewerblichem und kommerziellem Empfang (Schweiz) .....	151
(5) Rundfunkempfangsgeräte in Kraftfahrzeugen .....	154
c) Die gesetzliche Vermutung .....	155
aa) Zulässigkeit der gesetzlichen Vermutung.....	157
(1) Wohnungsabgabe.....	158
(2) Betriebsstättenabgabe .....	160
bb) Anforderungen an die Widerlegung der gesetzlichen Ver mutung .....	162
(1) Die Versicherung an Eides statt .....	162
(2) Unterbinden des Rundfunkempfangs durch technischen Vorkehrungen bei neuartigen Empfangsgeräten .....	166
(3) Beibehaltung der bisherigen gesetzlichen Regelungen.....	168
d) Zusammenfassung zur Ausgestaltung der modifizierten Rundfunkgebühr .....	168
e) Rechtsnatur der modifizierten Rundfunkgebühr.....	170
2. Weitere geräteabhängige Modelle .....	173
II. Die geräteunabhängigen Modelle .....	173
1. Die geräteunabhängige Abgabe .....	174
a) Das die Zahlungspflicht auslösende Element im privaten Bereich .....	175
b) Das die Zahlungspflicht auslösende Element im nicht privaten Bereich .....	175
aa) Die Definition der Betriebsstätte.....	175
bb) Die neue Problematik bei Staffellösungen.....	178
(1) Eine Staffelung nach Beschäftigten .....	179
(2) Benachteiligung von Filialbetrieben bei einer Staffelung nach Beschäftigten.....	185
(3) Spezielle Regelungen für das Beherbergungsgewerbe und gewerblich vermietete Ferienwohnungen .....	187
cc) Rundfunkempfangsgeräte in Kraftfahrzeugen .....	188
c) Die finanzverfassungsrechtliche Einordnung vor dem Hinter grund einer Universalität der Abgabenpflicht .....	190
aa) Keine zwingende Qualifikation als Steuer .....	191
bb) Erhebung als Vorzugslast .....	197
(1) Belastungsgrund der Möglichkeit der Inanspruchnahme einer Leistung.....	197
(a) Typisierungen beim vermuteten Vorteil.....	198

(aa) Wohnungen .....	199
(bb) Betriebsstätten.....	199
(cc) Zwischenergebnis .....	201
(b) Gestalt des Vorteils.....	202
(2) Belastungsgrund des mittelbaren strukturellen Vorteils .....	203
cc) Die Medienabgabe als Sonderabgabe.....	205
(1) Anforderungen an die Sonderabgabe .....	206
(2) Erfüllung der Kriterien durch die Medienabgabe .....	208
dd) Einstufung als sonstige Abgabe.....	209
(1) Grundsätzliche Zulässigkeit von „sonstigen Abgaben“ .....	209
(2) Zulässigkeitsvoraussetzungen für die sonstige Abgabe .....	213
(a) Deutliche Unterscheidbarkeit der Medienabgabe von der Steuer.....	214
(aa) Originäre Abgabenkompetenz aus Art. 5 Abs.1 S.2 GG ..	215
(bb) Besondere Empfänger der Abgabe .....	219
(cc) Schuldner der Abgabe in Abgrenzung zur Allgemeinheit .....	221
(b) Abschließende Beurteilung der Steuerähnlichkeit.....	222
2. Die Steuerlösungen .....	224
a) Rundfunksteuer .....	224
b) Finanzierung über bestehende Landessteuern .....	227
c) Finanzierung über bestehende Gemeinschaftssteuern/ Bundessteuern .....	230
d) Staatsferne Finanzierung .....	231
e) Zusammenfassende Ergebnisse der Steuerlösungen.....	232
<b>C. Europarechtliche Einordnung .....</b>	<b>234</b>
I. Die Rundfunkgebühr als Beihilfe im Sinne des Art. 107 AEU.....	235
II. Die Reformmodelle als Neubeihilfen im Sinne des Art. 108 AEU .....	238
1. Die Auslegung der Rechtsprechung .....	240
2. Kriterien der Kommissionspraxis.....	241
3. Konsequenzen für einen Systemwechsel in Deutschland .....	244
4. Zusammenfassung .....	246
<b>D. Abschließende Zusammenfassung und Bewertung .....</b>	<b>247</b>
I. Modellunabhängige Gemeinsamkeiten .....	247
1. Aufgabe der Unterscheidung zwischen herkömmlichen und neuartigen Empfangsgeräten.....	248

2. Aufgabe der Unterscheidung zwischen Grund- und Fernsehgebühr ..	248
3. Verzicht auf die Ermittlung der Gerätanzahl .....	250
4. Anknüpfung an Wohnung und Betriebsstätte .....	250
II. Modellabhängige Unterschiede und ihre Konsequenzen.....	250
1. Die unterschiedlichen Belastungsgründe und ihre Folgen .....	250
a) Modifizierte Rundfunkgebühr.....	251
b) Gerätunabhängige Abgaben.....	252
2. Zusammenfassung und Bewertung.....	253
a) Sicherstellung der funktionsadäquaten Finanzierung .....	254
b) Rechtliche Unbedenklichkeit.....	255
c) Reaktionen auf die technische Konvergenz.....	258
d) Praktikabilität des Verwaltungsvollzugs .....	259
e) Ergebnis .....	260
<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>264</b>